

Bericht zum Lpb-Planspiel „Gesetzgebung des Landtags“: Sollte der Freiwillige Polizeidienst in Baden-Württemberg beibehalten werden?

24.07.23

Am 24. Juli 2023 führten wir nach dem Besuch des CDU-Landtagsabgeordneten Willi Stächele ein Planspiel durch, in dem wir den Prozess eines Gesetzentwurfes nachspielten.

Übergeordnetes politisches Thema war die Streitfrage, ob der seit 1963 existierende Freiwillige Polizeidienst in Baden-Württemberg fortgeführt werden sollte oder nicht. Zunächst überrascht stellten wir fest, dass uns dieser Begriff nicht geläufig war und so wurden wir im Laufe des Spiels nicht nur Expert*innen was den Gesetzgebungsprozess auf Landesebene angeht, sondern auch, was dieser ehrenamtliche und freiwillige Dienst von Bürger*innen konkret bedeutet.

Um aber erstmals ein genaueres Verständnis für die verschiedensten Institutionen zu bekommen, wurden wir in vier Gruppen aufgeteilt und mussten ein Schaubild zum Gesetzgebungsprozess mit Bausteinen nachstellen. Dies diente dann im weiteren Verlauf als Überblick über die einzelnen Stationen des Gesetzgebungsprozesses.

Im Anschluss daran starteten wir das Planspiel, das in drei Phasen eingeteilt war: Vorbereitung, Simulation und Auswertung.

In der Phase der Vorbereitung wurde uns das folgende Szenario vorgestellt:

Die Parteien PÖD und PCD, als Regierungsparteien in Anlehnung an die Grünen und CDU, wollen eine Gesetzesänderung einreichen über den Freiwilligen Polizeidienst in Baden-Württemberg. In dieser Änderung sollen sich sowohl die Schwerpunkte des Dienstes ändern, hin zu mehr Gebäude- und Verkehrsschutz, als auch die bisher eingeräumten Rechte, z.B. den zukünftigen Verzicht auf Schusswaffen. Die Opposition PAD, PSD und PLD (in Anlehnung an AFD, SPD und FDP) sind in diesem Szenario gegen die Gesetzesänderung und forderten den weiteren Gebrauch von Schusswaffen sowie auch, dass die Freiwilligen eine deutsche Staatsbürgerschaft haben sollen.

Zuerst folgte die erste Fraktionssitzung innerhalb der jeweiligen Parteien, in der sie über ihre wesentlichen Punkte diskutierten und Kompromissen eingingen. Daneben fanden bereits informelle Gespräche außerhalb der Sitzungen statt. Hier versuchten einzelnen Abgeordnete die Positionen der Regierungs- und Oppositionsparteien herauszufinden und bereits ins Gespräch zu kommen.

Als nächstes folgte dann die erste Beratung im Plenum, sprich im Parlament, wo die Grundsätze des Gesetzesentwurfes besprochen wurden – unter Leitung der Landtagspräsidentin. Jede Fraktion stellte ihre Position vor und die Ziele, welche der Gesetzesentwurf für Sie haben sollte.

Es folgten die Sitzungen des Mitberatenden und Federführenden Ausschusses. Beide Ausschüsse setzen sich fachlich mit dem vorgeschlagenem Gesetzesentwurf auseinander und schlagen Änderungen vor, sofern die Mehrheit dafür stimmt. Zunächst tagte der Mitberatende Ausschuss und gab im Anschluss daran seine Empfehlungen an den Federführenden Ausschuss weiter. In beide Ausschüssen versuchte die Opposition ihre Ziele durchzusetzen, z.B. eine Änderung des vorherigen Gesetzes zu verhindern, indem sie ihre Kollegen und Kolleginnen mit Argumenten überzeugen wollten. Am besten sah man dies bei der PAD, die sich nicht scheute auch mal lauter zu werden. Die PÖD und PCD hingegen arbeiteten zusammen und fanden auch Sympathisant*innen in anderen Parteien wie z.B. in der PSD, die bereit war auf Kompromisse einzugehen.

Nach den beiden Sitzungen kamen alle wieder zusammen und stellten die jeweiligen Veränderungen vor, die sie in den Ausschüssen zusammen erarbeitet hatten.

Bericht zum Lpb-Planspiel „Gesetzgebung des Landtags“: Sollte der Freiwillige Polizeidienst in Baden-Württemberg beibehalten werden?

24.07.23

Anschließend folgte die Abstimmung, ob das Gesetz verändert werden sollte oder nicht. Dafür brauchte man lediglich die einfache Mehrheit aller Teilnehmenden. Die Fraktionen stimmten wie folgt ab: die Mehrheit stimmte für den Gesetzesentwurf, die meisten von denen aus PÖD und PCD aber auch PLD und PSD. Dagegen war die PAD, die sich empört über den Rest der Opposition äußerte.

Am Ende des Spieles saßen wir in der Runde zusammen und haben über die verschiedenen Meinungen innerhalb und außerhalb der eigenen Parteien gesprochen. Die Mehrheit empfand das Spiel als sehr informativ und unterhaltsam. Es zeigte uns wie viel Arbeit wirklich hinter so einer klein aussehenden Aufgabe steckt. Zudem sagte einer der Schüler, dass es sehr interessant war, sich auch innerhalb seiner eigenen Partei zu beraten und gemeinsam Strategien zu finden, die die Partei vertreten kann.

Frau Kost stellte uns im Anschluss die Frage, ob wir dieses Spiel weiterempfehlen würden. Da antwortet die ganze Gruppe mit einem klaren Handzeichen für JA. Wieso war das so? Nun dieses Spiel fördert das Verständnis für Politik sowie die Zusammenarbeit innerhalb der eigenen Gruppe und den Umgang mit Parteien die nicht dieselben Ziele vertreten. Zudem ist wichtig anzumerken, dass durch das Material, welches uns von Frau Kost zur Verfügung gestellt wurde, die jeweiligen Aufgaben erleichterte und wir uns schnell in unserer Rolle wohl fühlten.

Als Fazit können wir also sagen, das Spiel hat viel positive Rückmeldungen erhalten und viel Neugier und Verständnis hervorgerufen. Nun verstehen wir besser wie ein Gesetz durchkommt und am Ende seine Bürgerinnen und Bürger erreicht!